

Eine Rückbesinnung auf den Begriff des „Gemeinwohls“

Erschienen als: Stefano Moroni: Towards a Reconstruction of the Public Interest Criterion. In: Planning Theory, Vol 3(2):151-171

Besprechung von Uwe Altröck

In seinem Beitrag macht der italienische Autor eines Buchs über Planungsethik (Moroni 1997) deutlich, dass er trotz aller in den letzten Jahren aufgekommenen Kritik am Konzept des Gemeinwohls festhält und es für die Planung nutzbar machen will. Dazu untersucht er die verschiedenen Sichtweisen, die in der Planungswissenschaft verbreitet sind, auf ihre Plausibilität.

Wenngleich der Begriff des „Gemeinwohls“ traditionell einer der fundamentalen Ausgangspunkte für das planerische Selbstverständnis gerade im rationalen Planungsmodell ist (Mazza 1990:48, Altshuler 1965:186, Alexander 1992:129), wird er inzwischen breit kritisiert. Er wird zwar noch von einigen Planungstheoretikern verteidigt (Alexander 2002, 2003, Campbell/Marshall 2002, Klosterman 1980, Taylor 1994) und schwingt in den Denkweisen vieler Planungspraktiker auf eher unbestimmte Art und Weise mit, doch gehen die Kritiker teilweise sogar so weit zu behaupten, es gebe gar kein Gemeinwohl (Lucy 1988:147). Es scheint sich also zu lohnen, der Frage nach der Existenz und Begriffsbestimmung auf den Grund zu gehen. Genau einen solchen Ansatz verfolgt Moroni.

1. Drei Arten, die „Nicht-Existenz“ des Gemeinwohls zu vertreten

Man kann die Aussage „so etwas wie Gemeinwohl gibt es nicht“ auf mindestens drei verschiedene Arten interpretieren:

- das Gemeinwohl gibt es faktisch nicht
- das Gemeinwohl gibt es als überindividuellen holistischen Wert nicht
- das Gemeinwohl stellt keinen stets vorrangigen substantiellen Wert dar.

Moroni untersucht die jeweils zugrunde liegenden Ansichten auf ihre Argumentationsweise, die Vertreter und die Gegenpositionen.

Erstens: Das Gemeinwohl gibt es faktisch nicht

Diese Ansicht geht darauf zurück, dass es in fragmentierten Gesellschaften nicht möglich sei, einen gemeinsamen Kern der verschiedensten Individual- und Gruppeninteressen auszumachen. Planung kann mithin nicht im Dienste aller Menschen gleichzeitig handeln. Diese empirische Ansicht wird normalerweise von Politikwissenschaftlern und Planungstheoretikern vorgebracht, die es für fruchtbarer halten, das gesellschaftliche Zusammenleben als konfliktthaft zu beschreiben denn als konsensbezogen – ausgehend von der Knappheit von Ressourcen, wie etwa Simmie (1974:125): „Es gibt so etwas wie DAS Gemeinwohl nicht. Viel eher kann man von einer Vielzahl unterschiedlicher und widerstreitender Interessen sprechen.“

Dieses Argument wird vor allem gegen die Anhänger einer rationalistischen Planungsauffassung vorgebracht, die meinen, dass – wenn auch mitunter unbewusst – Individuen und Gruppen gemeinsame Interessen haben. Es richtet sich weiter gegen eine Haltung, bei

der Planer mit ihrem spezifischen Sachverstand als Experten für das Gemeinwohl solche gemeinsame Interessen ausfindig machen und aufzeigen sollen.

Pluralismus (von Interessen, Zielen usw.) wird hier als Faktum verstanden, das unsere spät-modernen Gesellschaften charakterisiert und das für deren Verständnis mit ausschlaggebend ist. In Städten findet man dann die Unversöhnlichkeit der Interessen in einer Gesellschaft wie in einem Brennglas fokussiert.

Zweitens: Das Gemeinwohl gibt es als überindividuellen holistischen Wert nicht

Hier wird davon ausgegangen, dass es unabhängig von Individuen gar keine Werte gibt und es daher auch kein Gemeinwohl geben kann. Individuen bilden die ausschließliche „moralische Entität“, auf die sich öffentliche Entscheidungen beziehen müssen, die einzige legitime Quelle moralischer Ansprüche. Der Staat wiederum ist nur ein Mittel zu ihrer Befriedigung, während Gemeinschaften, Strukturen, Kulturen, Gruppen usw. keine legitimen Ansprüche anmelden können. Diese ethische Argumentation wird beispielsweise aus liberalistischer Sicht vertreten, aber auch aus anderen individualistischen Perspektiven heraus.

Moroni erläutert nunmehr speziell die verschiedenen liberalistischen Ansätze, die sich alle auf die Prinzipien des Individualismus, des moralischen Universalismus, eines Vorrangs des Rechts gegenüber dem „Guten“, einer pluralistischen Vorstellung davon, was das „Gute“ ausmache, und die Vorstellung von einigen zentralen Grundrechten und -freiheiten stützen. Das Spektrum reicht dabei von „libertär-liberalistischen“ (Conway 1995, Nozick 1974, Pollock 1996) bis hin zu „egalitär-liberalistischen“ (Dworkin 1977, Holmes 1995, Rawls 1971) Auffassungen. Während in der Planungstheorie die erste selten vertreten wird (vgl. Harper/Stein 1995, Lai 2002, Pennington 2002, Sorensen/Day 1981), ist die zweite Auffassung häufiger vorzufinden, aber selten systematisch ausformuliert (vgl. Moroni 1997, 2001b). Um die liberalistische Argumentationsweise näher zu erläutern, stützt sich Moroni auf das Beispiel von Nozick, der auf die Frage, warum man nicht für einen übergreifenden gesellschaftlichen Wert einzelnen Personen Kosten aufbürden sollte, um Anderen einen vergleichsweise größeren Nutzen zu verschaffen, antwortet: „Es gibt nur Einzelpersonen, unterschiedliche Einzelpersonen ... Jemand zu eines Anderen Vorteil zu benutzen, benutzt lediglich jemand und bringt den Anderen einen Vorteil. Nichts mehr als das. ... Von einem übergreifenden gesellschaftlichen Guten zu sprechen, verstellt nur den Blick darauf.“ (Nozick 1974:32-33).

Liberalistische Positionen, die sich gegen die Idee des Gemeinwohls in diesem zweiten Sinne richten, stellen zunächst holistische Konzepte in Frage, die den moralischen Individualismus völlig ablehnen, wie etwa

- transzendente Vorstellungen vom Gemeinwohl (also solche, die sich auf Totaltheorien wie den „Geist der Geschichte“ beziehen)
- kommunitaristische Vorstellungen (also solche, die die „Gemeinschaft“ als das vorrangige ethische Subjekt ansehen und daher auf einer gemeinschaftlichen Konzeption des Guten aufbauen).

Sie beziehen aber auch gegen aggregierende Konzepte Stellung, die – so die liberalistische Sichtweise – den moralischen Individualismus stark genug berücksichtigen, wie etwa

- utilitaristische Vorstellungen (also solche, die auf einem Aggregationskriterium beruhen, mit dem der Nutzen von Veränderungen für eine Gemeinschaft gemessen wird).

Utilitaristen gehen von einer individualistischen Grundannahme aus: Reale individuelle Präferenzen, Wünsche und Interessen sind das, was wirklich zählt. Aber indem sie kollektiven Nutzen als Summe von Individualnutzen (die wiederum die Befriedigung individueller

Präferenzen, Wünsche und Interessen darstellen) definieren, bauen sie einen Widerspruch zum individualistischen Standpunkt auf. Die Unterscheidung von Einzelpersonen geht in der personenübergreifenden Aufrechnung verloren (Rawls 1971:27, Lukes 1973:48). Die Berechnung des kollektiven Nutzens bezieht sich auf Nutzenmaße und nicht auf Individuen. Utilitarismus ist also nicht – wie das von Planungstheoretikern bisweilen behauptet wird – zu viel, sondern zu wenig individualistisch. Von Bedeutung ist diese Einschätzung insbesondere für den wichtigsten Anwendungsfall, die Kosten-Nutzen-Analyse (vgl. Alexander 2002:228-230, Moroni 1994a).

Die Liberalisten greifen den Begriff des Gemeinwohls nicht grundsätzlich an, sondern sie lehnen seine Relevanz implizit ab. In einer liberalistischen Staatsvorstellung spielt das Gemeinwohl eine bedeutende Rolle; gemeint ist hier jedoch ein anderes Konzept. Liberalisten lehnen den Gemeinwohlbegriff also nicht grundsätzlich ab, sondern sie interpretieren ihn auf eine andere Weise (Kymlicka 1990:206).

Dabei spielt der Pluralismus als für die Liberalisten wünschenswerter Zustand eine wichtige Rolle. Es handelt sich dabei um einen Pluralismus, der sich auf die Vorstellungen des individuell Erstrebenswerten bezieht. Jedes Individuum soll demnach nach seiner eigenen Façon selig werden, sobald für einige universelle Individualrechte gesorgt ist. Über die ganz persönlichen Vorstellungen vom Guten und von der Selbstverwirklichung des Einzelnen sagt die liberalistische Theorie nichts. Lediglich der Vorrang des Rechts und die Neutralität des Staats in der Vorstellung vom Guten müssen gewährleistet sein. Diese Vorstellungen der Individuen können nicht zu öffentlichen Maximen werden. Der Staat ist für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung verantwortlich, während es ihm egal sein muss, auf welche Weise die Individuen ihre Wertvorstellungen umsetzen, sei dies individuell oder kollektiv.

Drittens: Das Gemeinwohl stellt keinen stets vorrangigen substantiellen Wert dar

Hier wird davon ausgegangen, dass wir nicht in der Lage dazu sind, irgendeinen Wert einem anderen vorzuziehen. Es herrscht also starker Wertpluralismus. Die Interessen und Werte der Individuen und Gruppen sind dabei ethisch gleichwertig. Es handelt sich bei dieser Position in gewisser Hinsicht um eine meta-ethische Vorstellung. Wertpluralismus wird häufig vertreten. Er kann zwei unterschiedliche Formen annehmen, eine nicht-skeptische und eine skeptische.

Nicht-skeptischer Wertpluralismus

Moroni nennt hier als wichtige Vertreter John Kekes (1993) und John Gray (2000). Beide lehnen einen absoluten Vorrang eines Werts vor einem anderen ab. Obwohl dies zu tragischen Ergebnissen in der praktischen Ethik führen kann, sind die beiden Autoren nicht radikal skeptisch. Sie argumentieren ethisch und meta-ethisch.

Kekes vertritt die Position, dass pluralistische Werte zwangsläufig zu Konflikten führen, weil sie mit einander inkompatibel sind. Vielen scheint es so, als gebe es in unserer Gesellschaft viele verschiedene Werte, die man berücksichtigen könnte, und das ist tatsächlich der Fall. Der pluralistische Staat muss dann ständig offen für eine übersprudelnde Vielfalt unterschiedlichster Werte sein. Das bedeutet nicht, dass er ausschließlich den Pluralismus aufrechterhalten muss – manchmal muss er zu einem Anwalt bestimmter Konfliktlösungen werden.

Gray schlägt in ähnlicher Weise das Konzept des *modus vivendi* als Grundlage einer politischen Philosophie für wertpluralistische Gesellschaften vor. Dieses Ideal erkennt die Unvermeidbarkeit einer Vielfalt von Werten und Lebensformen an, nicht nur die von Präfe-

renzen, sondern auch von Lebensweisen. Sie geht davon aus, dass Konflikte unvermeidbar sind (Gray 2000:5). Die zentrale Idee des Konzepts ist, dass es gemeinsamer Werte für das Zusammenleben nicht bedarf. Lediglich Institutionen, die Wertpluralismus anerkennen und am Leben erhalten, sind notwendig. Die Institutionen sind dabei kein Ausdruck von übergreifenden Werten, sondern ganz einfach Instrumente, die es Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen erlauben, in Frieden zusammenzuleben. Gray beruft sich dabei auf Thomas Hobbes, David Hume und teilweise auf John Stuart Mill (im Gegensatz zu den Liberalisten, die sich auf John Locke und Immanuel Kant stützen) und wendet sich sowohl gegen den Liberalismus als auch gegen jegliche Art von Kommunitarismus (2000:118ff). Er lehnt dabei jeglichen radikalen moralischen Relativismus und Skeptizismus ab. Ethische Überlegungen werden nicht verunmöglicht, sondern lediglich „irrtümliche Ansichten über die Art solcher Überlegungen“ ausgeschlossen (Gray 2000:48). Gray plädiert mit seinem *modus vivendi* keineswegs für ein „anything goes“ (2000:20). Er hält übrigens Wertpluralismus nicht für eine Erscheinungsform spätmoderner Gesellschaften, sondern für eine Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens.

In der Planungstheorie hat Paul Davidoff (1965) einen ähnlichen Standpunkt formuliert. Für ihn ist Wertpluralismus seinerseits ein Wert, der die Konfrontation und Diskussion mehrerer unterschiedlicher Pläne erfordert, die mögliche unterschiedliche Standpunkte repräsentieren. Planer sind dabei je nach ihrem eigenen Standpunkt Anwälte der verschiedenen Gruppen. Anwaltsplanung ist dann Planung für bestimmte Individuen und Gruppen, nicht für ein schwammig definiertes Gemeinwohl (Davidoff 1970:12).

Skeptischer Wertpluralismus

Hier wird davon ausgegangen, dass ein Gemeinwohl nicht existiert, weil es völlig unmöglich ist, jegliche Entscheidung der Öffentlichkeit sinnvoll zu rechtfertigen. Wertpluralismus führt also dann zu völligem Skeptizismus. Dabei handelt es sich um einen meta-ethischen Standpunkt über die Möglichkeiten praktischer Entscheidungsfindung. Ein gutes Beispiel für die weit verbreiteten dahinter stehenden Positionen in der Planungsliteratur ist der wohlbekannte Artikel von Horst Rittel und Melvin Webber (1973) über die Unmöglichkeit einer allgemeinen Theorie der Planung.

Sie schreiben (1973:168): „Wenn eine pluralistische Öffentlichkeit politisch vielfältige Ziele verfolgt, wie soll dann die Gesellschaft insgesamt auf planvolle Weise ihre bössartigen Probleme bearbeiten? Wie sollen Ziele definiert werden, wenn die Wertvorstellungen so unterschiedlich sind? Sicherlich ist eine einheitliche Vorstellung von einem öffentlichen Wohl anachronistisch. Es gibt nicht einmal eine Theorie, die uns einen gesellschaftlich ‚besten Zustand‘ definiert. ... Die Sozialwissenschaften sind nicht in der Lage, eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion zu konstruieren, die den Weg zu einem solchen Zustand aufzeigt. ... Was den Einen zufrieden stellt, mag dem Anderen zuwider sein. ... Unter solchen Umständen ... kann man nicht sagen, welche Gruppe Recht hat und wessen Ziele verfolgt werden sollten“ (Rittel/Webber 1973:169, Übersetzung aus dem englischen Original UA). Rittel und Webber führen dies auf die bössartige Natur der Planungsprobleme zurück, die sie von einfach zu behandelnden wissenschaftlichen Problemen unterscheidet.

In beiden Fällen, dem skeptischen und dem nicht-skeptischen, gibt es keinen Ausweg aus dem Wertpluralismus. Jegliche Anwendung des Gemeinwohlkonzepts zur Rechtfertigung öffentlichen Handelns aus bestimmten Gründen, die andere Wertvorstellungen stets aushebeln, wird damit abgelehnt. Die Argumentationsweise richtet sich also gegen den Liberalismus selbst, aber auch gegen transzendente, kommunitaristische und utilitaristische Konzepte des

Gemeinwohls – wengleich aus anderen Gründen. Dabei ist es wichtig, die hier vorgestellte Idee des „Wertepluralismus“ von der Idee des „Pluralismus“ (als Pluralismus der Vorstellungen vom Guten) zu unterscheiden, die die Liberalisten vertreten. Kekes (1993:199) schreibt dazu: „Pluralismus geht von der Ansicht aus, dass es keinen Wert gibt, dem im Konflikt mit anderen stets begründet der Vorzug gegeben werden muss. Dagegen ... vertritt der Liberalismus die Auffassung, dass im Konfliktfall liberalistische Werte Vorrang vor anderen Werten erhalten.“

2. Drei Thesen zu einer Neubestimmung des Begriffs Gemeinwohl

Ausgehend von dieser Systematisierung diskutiert Moroni drei Thesen:

- Nicht alle Versionen der These von der Nichtexistenz des Gemeinwohls sind vertretbar.
- Nur einem bestimmten Konzept von Pluralismus kommt eine zentrale Bedeutung zu.
- Man kann das Gemeinwohl auf „liberalistische“ Weise so definieren, dass es auch für die Planungstheorie und die Planungspraxis eine Bedeutung erlangt.

Welche Art von Nichtexistenz?

Die erste Version – das Gemeinwohl gibt es nicht – ist plausibel und trivial zugleich. Dass sie immer noch als eine bedeutende Entdeckung der politischen und der Planungstheorie der letzten Jahrzehnte angepriesen wird, stellt sowohl eine Übertreibung als auch eine Irreführung dar (Barry 1990). Indem man die erste Sichtweise akzeptiert, kann man die naivsten „realistischen“ Konzeptionen des Gemeinwohls zurückweisen, aber auch nur diese.

Die zweite Spielart – das Gemeinwohl gibt es als überindividuellen holistischen Wert nicht – erscheint Moroni am interessantesten. Indem man sich auf diese Sichtweise verständigt, kann man aus plausiblen Gründen transzendente, kommunitaristische und utilitaristische Verständnisse des Gemeinwohls zurückweisen.

Die dritte Spielart – das Gemeinwohl stellt keinen stets vorrangigen substantiellen Wert dar – kann laut Moroni verworfen werden. Nicht-skeptischer Wertepluralismus erscheint ihm inkonsistent, während skeptischer Wertepluralismus zwar konsistent, aber kritikwürdig scheint. Nicht-skeptischer Wertepluralismus ist für Moroni als ethisches Konzept widersprüchlich und widerlegt sich selbst: Die einfache Idee, dass es irgendeine Art von Staat und Institutionen geben muss, beruht darauf, dass man einige Werte als grundlegend ansieht und damit anderen grundsätzlich vorzieht. Das Gleiche gilt, wenn die Aufrechterhaltung des Wertepluralismus als Ziel des Staats definiert wird oder wenn dem Staat eine Rolle in der Konfliktlösung zukommen soll (Kekes 1993). Zwei inkompatible Elemente sollen also hier mit einander versöhnt werden: auf der einen Seite der vollständige Wertepluralismus und auf der anderen irgendeine vage Idee einer empfehlenswerten institutionellen Ordnung.

Für seine Kritik am skeptischen Pluralismus verweist Moroni auf Moroni (1995) und Nagel (1997). Er hält fest, dass die Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit eines gerechtfertigten Eintretens für bestimmte Werte häufig auf einer unscharfen Definition der Begriffe „rational“ und „nicht rational“ beruht. Insbesondere richte sie sich gegen jedwede Einschätzung von Überlegungen als rational, die außerhalb der traditionellen Wissenschaft stattfänden. Dabei würden „theoretische“ und „epistemische“ Rationalität zum Inbegriff von Rationalität als solcher, während „praktische“ und „axiologische“ Rationalität zurückgesetzt würden. Praktische Rationalität sei aber keineswegs unmöglich, wenn einige Vorurteile aufgegeben würden wie etwa die These, dass aus einer Unterscheidung von Fakten und Werten zwangsläufig die Unmöglichkeit jeder Art von Werte betreffender Rationalität folge, oder etwa die Behauptung, dass lediglich die Wahrheit betreffende Fragen intersubjektiv untersucht werden könnten, die

These, dass man eine Behauptung nur durch einen Vergleich mit der materiellen Wirklichkeit prüfen könne, die These, dass aus der Unmöglichkeit, absolute Gewissheit in Wertfragen zu erlangen, zwangsläufig vollständige Beliebigkeit folge usw.

Zweite These: Welche Art von Pluralismus?

Um zu belegen, dass lediglich ein einziges Begriffsverständnis von Pluralismus vertretbar und relevant sei, unterscheidet Moroni Pluralismus in Bezug auf das Gute und in Bezug auf Werte, die in der Planungstheorie nicht hinreichend präzise vorgenommen werde. Er bezieht sich diesbezüglich auf Charles Larmore (1996), der sich gegen die weit verbreitete Ansicht wendet, es bestehe ein enger und sogar unvermeidbarer Zusammenhang zwischen Liberalismus und Wertepluralismus. Diese Kopplung geht nach Larmore darauf zurück, dass Pluralismus nicht vom eigentlichen Kern des liberalistischen Denkens unterschieden wird: der Sinnfälligkeit von Meinungsverschiedenheiten (reasonable disagreement). Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass unterschiedliche Vorstellungen darüber, was ein „gutes Leben“ ausmache, unvermeidlich seien. Vernünftige Menschen verfolgen tendenziell von einander abweichende Wege der Selbstverwirklichung. Dies bedeutet aber nicht, dass es keine Werte gibt, die anderen grundsätzlich vorgehen, es bedeutet lediglich, dass der Staat seinen Bürgern keine umfassende Konzeption dessen, was ein „gutes Leben“ ausmacht, aufzwingen kann. Der Staat muss sich darauf beschränken, die Rechte Aller zu schützen, ihre eigene Vorstellung von einem „guten Leben“ zu verfolgen, ohne dabei Andere ernsthaft zu schädigen.

Die Kernidee des Liberalismus hat stets darin bestanden, Prinzipien und Regeln zusammenzutragen, zu denen sich unterschiedlichste Menschen trotz ihrer von einander abweichenden Vorstellung dessen, was das „Gute“ sein soll, politisch bekennen können. Der Liberalismus zielt also auf eine angemessene moralische Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit unterschiedlichen Auffassungen über ein „gutes Leben“ ab und ist also nicht wertneutral. Vielmehr stellt er durchaus ein moralisches Bekenntnis zur Neutralität gegenüber diesen unterschiedlichen Auffassungen dar. Dabei will der Liberalismus auch mehr als lediglich die Gewährleistung von Verfahrensstandards. Ohne also einem Wertepluralismus anhängen zu müssen – den Moroni ablehnt –, steht der Planungstheorie also der Weg offen, pluralistische Vorstellungen hinsichtlich des individuell Erstrebenswerten als grundlegend zu akzeptieren.

Dritte These: Welche Art von Gemeinwohl?

Moroni setzt sich nunmehr für einen egalitären Liberalismus als Ausgangspunkt für die Neubestimmung des Begriffs von „Gemeinwohl“ in der heutigen Zeit ein. Im Sinne von Rawls etwa bedeutet er in einem Gedankenspiel das von allen Individuen geteilte Interesse an „gesellschaftlichen Grundgütern“. Dies sind „Dinge, von denen man annehmen kann, dass sie jeder vernünftige Mensch haben will“ (Rawls 1975:83), wenn Individuen hinter einem „Schleier des Nichtwissens“ die Position eines „fiktiven unparteiischen Urzustands“ einnehmen. Da in einer solchen Situation niemand weiß, welche Stellung er oder sie in einer wirklichen Gesellschaft einnehmen, welche Vorstellung von einem erstrebenswerten Leben er oder sie haben und wo jeder und jede schließlich leben würde, wird jedermann versuchen, den bestmöglichen Zugang zu „gesellschaftlichen Grundgütern“ sicherzustellen, die Institutionen als Rechte schützen. Das Gemeinwohl ist hier nicht das reale Interesse einer bestimmten Person, sondern das potentielle Interesse überhaupt jedes Menschen.

Moroni hat versucht, hierauf aufbauend eine egalitär-liberalistische Planungstheorie aufzubauen (1997, 2001b), in der versucht wird, alle für die räumliche Planung relevanten gesellschaftlichen Grundgüter aufzulisten. Teilweise stimmen sie mit den bei Rawls genann-

ten überein, teilweise gehen sie darüber hinaus. Er folgt dabei dem „Vier-Stufen-Gang“ bei Rawls (1975:223-229), mit dem die Gemeinwohlkonzeption allmählich verbessert und an die Bedürfnisse der Planung angepasst werden kann.

3. Fazit: Auf den Gemeinwohlbegriff kann nicht verzichtet werden

Moroni schließt mit der Folgerung, dass auf das Konzept des Gemeinwohls nicht verzichtet werden könne, auch wenn man vielleicht den Begriff über Bord werfen mag. Insbesondere in einer Welt aus unterschiedlichen Individuen und Gruppen mit einer Vielzahl von Zielen kann er hilfreich sein. Für eine Rechtfertigung der Existenz eines Staates muss die Frage nach dem Gemeinwohl ohnehin gestellt werden.

Wenngleich die Diskussion der Gemeinwohltheorien aufschlussreich und gut systematisiert erfolgt, bleiben einige Fragen offen. Der Verweis auf die eigene Monographie, in der Moroni seine Rawlssche Planungstheorie durchdekliniert, hilft nicht wirklich zum Verständnis, wenngleich sie neugierig macht. Im Rahmen der Diskussion gelingt es Moroni, ausgehend von seinen Positionen kommunitaristische und transzendente Positionen auszuschließen – deren Vertreter wird die Argumentation allerdings nicht überzeugen, da sie axiomatisch schon anderswo ansetzen, wenn sie die Rolle des Individuums anders sehen als bei Moroni oder im Liberalismus. Und eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den skeptischen Wertpluralisten bleibt Moroni im Rahmen der Kürze des Artikels ebenfalls schuldig – wenngleich die getroffene Unterscheidung zwischen den Pluralismus-Begriffen wertvoll ist und die weitere Diskussion durchaus präzisieren dürfte.

Damit bleiben neben der wichtigen Aufarbeitung der Gemeinwohl-Kritik zwei wesentliche Leistungen zu würdigen. Erstens ist es Moroni gelungen anzudeuten, dass eine egalitär-liberalistische Planungstheorie zumindest in der westlichen Welt pragmatisch fruchtbar sein kann, wenn man sich aus den skeptischen Höhen Rittels und Webbers in die Alltagswelt herab begibt – wenngleich deren kritische Anmerkungen zur Bösartigkeit von Planungsproblemen bis heute für jeden Planer und jede Planerin eine absolute Pflichtlektüre darstellen sollten. Zweitens hat er gezeigt, dass bestimmte andere Konzeptionen in sich widersprüchlich oder zumindest unplausibel sind.

4. Literatur

- Alexander, E.R. (1992): *Approaches to Planning*. Philadelphia, PA: Gordon and Breach
- Alexander, E.R. (2001): *The Planner-Prince: Rationalities, Interdependence and Post-Communicative Practice*, in: *Planning Theory & Practice* 2(3): S. 311-24
- Alexander, E.R. (2002): *The Public Interest in Planning: From Legitimation to Substantive Plan Evaluation*, in: *Planning Theory* 1(3): S. 226-49
- Alexander, E.R. (2003): *Planning Rights: What They Are, and How Planners Deal with Them*. Paper presented at the Third Joint Congress AESOP-ACSP, Leuven, 8-12 July
- Altshuler, A. (1965): *The Goals of Comprehensive Planning*, in: *Journal of the American Institute of Planners* 31(3): S. 186-97
- Barry, B. (1990): *Political Argument*. New York: Harvester
- Bird, C. (1999): *The Myth of Liberal Individualism*. Cambridge: Cambridge University Press
- Brodbeck M. (1968): *Methodological Individualism: Definition and Reduction*, in: Brodbeck, M. (Hg.): *Readings in the Philosophy of the Social Sciences*, S. 280-303. London: Macmillan

- Burton, D.J./Murphy, M.B. (1980): Democratic Planning in Austerity: Practices and Theory, in: Clavel, P./Forester, J./Goldsmith, W.W. (Hg.): Urban and Regional Planning in an Age of Austerity, S. 177-205. Oxford: Pergamon Press
- Campbell, S./Fainstein, S.S. (1996): Introduction: The Structure and Debate of Planning Theory, in: Campbell, S./Fainstein, S.S. (Hg.): Readings in Planning Theory, S. 1-15. Oxford: Blackwell
- Campbell, H./Marshall, R. (2002): Utilitarianism's Bad Breath? A Re-Evaluation of the Public Interest Justification für Planning, in: Planning Theory 1(2): S. 163-87
- Conway, D. (1995): Classical Liberalism. London: Macmillan
- Davidoff, P. (1965): Advocacy and Pluralism in Planning, in: Journal of the American Institute of Planners 31(4): S. 331-8
- Davidoff, P./Davidoff, L./Gold, N.N. (1970): Suburban Action: Advocate Planning for an Open Society, in: Journal of the American Institute of Planners 36(1): S. 12-21
- Dworkin, R. (1977): Taking Rights Seriously. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Ferraro, G. (1996): Planning as Creative Interpretation, in: Mandelbaum, S.J./Mazza, L./Burchell, R.W. (Hg.) Explorations in Planning Theory, S. 312-27. New Brunswick, NJ: Center for Urban Policy Research
- Flathman, R.B. (1966): The Public Interest: An Essay Concerning the Normative Discourse of Politics. New York: Wiley
- Gray, J. (2000): Two Faces of Liberalism. Cambridge: Polity Press
- Harper, T.L./Stein, S.M. (1995): A Classical Liberal (Libertarian) Approach to Planning Theory, in: Hendler, S. (Hg.): Planning Ethics, S. 11-29. New Brunswick, NJ: Center für Urban Policy Research
- Harsanyi, J.C. (1977): Rational Behavior and Bargaining Equilibrium in Games and Social Situations. Cambridge: Cambridge University Press
- Hayek, F.A. (1982): Law, Legislation and Liberty. London: Routledge
- Holmes, S. (1989): The Permanent Structure of Antiliberal Thought, in: Rosenblum, N.L. (Hg.): Liberalism and the Moral Life, S. 227-53. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Holmes, S. (1995): Passions and Constraint: On the Theory of Liberal Democracy. Chicago, IL: University of Chicago Press
- Howe, E. (1994): Acting on Ethics in City Planning. New Brunswick, NJ: Center für Urban Policy Research
- Johnston, D. (1994): The Idea of a Liberal Theory. Princeton, NJ: Princeton University Press
- Kekes, J. (1993): The Morality of Pluralism. Princeton, NJ: Princeton University Press
- Kieman, M.J. (1983): Ideology, Politics, and Planning: Reflections on the Theory and Practice of Urban Planning, in: Environment and Planning B 10(1): S. 71-87
- Klosterman, R.E. (1980): A Public Interest Criterion, in: Journal of the American Planning Association 46(3): S. 323-33
- Kukathas, C./Pettit, P. (1990): Rawls: A Theory of Justice and its Critics. Cambridge: Polity Press
- Kymlicka, W. (1990): Contemporary Political Philosophy. Oxford: Clarendon Press.
- Lai, L.W.C. (2002): Libertarians on the Road 10 Town Planning, in: Town Planning Review 73(2): S. 289-310

- Larmore, C. (1996): *The Morals of Modernity*. Cambridge: Cambridge University Press
- Lowri, K. (1994): *The Legitimation of Planning*, in: *Planning Theory* 6(10-11): S. 99-109
- Lucy, W.H. (1988): *APA's Ethical Principles Include Simplistic Planning Theories*, in: *Journal of the American Planning Association* 54(2): S. 147-8
- Lukes, S. (1973): *Individualism*. Oxford: Basil Blackwell
- Lynch, K. (1981): *A Theory of Good City Form*. Cambridge, MA: MIT Press
- McAuslan, P. (1980): *The Ideologies of Planning Law*. Oxford: Pergamon Press
- Mazza, L. (1990): *Planning as a Moral Craft*, in: *Planning Theory* 2(3): S. 47-50
- Meyerson, M./Banfield, E.C. (1955): *Politics, Planning and the Public Interest: The Case of Public Housing in Chicago*. Glencoe, IL: The Free Press
- Moroni, S. (1993): *Planning Theory, Practical Philosophy and Phronesis: comments on Flyvbjerg*, in: *Planning Theory* 5(9): S. 120-33
- Moroni, S. (1994a): *Planning, Assessment and Utilitarianism*, in: *Planning Theory* 6(12): S. 81-107
- Moroni, S. (1994b): *Osservazioni Critiche Sugli Aspetti Normativi di A Theory of Good City Form di Kevin Lynch [A Critical Discussion of the Normative Aspects of Kevin Lynch's A Theory of Good City Form]*, in: *CRU* 1(2): S. 35-43
- Moroni, S. (1995): *Sul Ruolo Della Ragione Pratica nel Campo della Pianificazione Territoriale [Practical Rationality in Planning]*, in: *CRU* 2(4): S. 6-23
- Moroni, S. (1997): *Etica e territorio [Ethics and Planning]*. Milan: Angeli
- Moroni, S. (2001a): *Planning, Evaluation and the Public Interest*, paper presented at the International Seminar in Honour of Nathaniel Lichfield, London, 16-17 February
- Moroni, S. (2001b): *Pianificazione dei Territorio: Ragioni, Bisogni, Responsabilità [Spatial Planning: Reasons, Needs, and Responsibilities]*. Turin: UTET
- Moroni, S. (2003a): *L'interesse Pubblico*, in: *CRU* 13: S. 7-15
- Moroni, S. (2003b): *L'interesse Pubblico: Un Concetto Definitivamente Screditato o Ancora Rilevante per le Attività di Pianificazione del Territorio? [The Public Interest: A Definitely Discardable or Still Useful Concept für Planning Practices?]*, in Moccia, F.D./De Leo, D. (Hg.): *I Nuovi Soggetti Della Pianificazione [Stake-holders in Contemporary Planning]*, S. 459-74. Milan: Angeli
- Nagel, T. (1997): *The Last Word*. Oxford: Oxford University Press
- Nozick, R. (1974): *Anarchy, State and Utopia*. New York: Basic Books
- Pennington, M. (2002): *A Hayekian Liberal Critique of Collaborative Planning*, in: Allmendinger, P./Tewdwr-Jones, M. (Hg.): *Planning Futures: New Directions tor Planning Theory*. London: Routledge
- Pollock, L. (1996): *The Free Society*. Boulder, CO: Westview Press
- Rawls, J. (1971): *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Rawls., J. (1975): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Rawls, J. (1982): *Social Unity and Primary Goods*, in: Sen, A./Williams, B. (Hg.): *Utilitarianism and Beyond*, S. 159-85. Cambridge: Cambridge University Press
- Rawls, J. (2001): *Justice as Fairness: A Restatement*. Cambridge, MA: Harvard University Press

- Rittei, H.W.J./Webber, M.M. (1973): Dilemmas in a General Theory of Planning, in: Policy Sciences 4(2): S. 155-69
- Ross, S. (1991): Planning and the Public Interest, in: The Planner 77(40): S. 55-7
- Sandercock, L. (1998): Towards Cosmopolis. Planning for Multicultural Cities. Chichester: Wiley
- Simmie, J. (1974): Citizens in Conflict: The Sociology of Town Planning. London: Hutchinson
- Sorensen, A.D./Day, R.A. (1981): Libertarian Planning, in: Town Planning Review 52(4): S. 390-402
- Strasnick, S. (1976): The Problem of Social Choice: Arrow to Rawls, in: Philosophy and Public Affairs 5(3): S. 241-73
- Taylor, N. (1994): Environmental Issues and the Public Interest, in: Thomas, H. (Hg.): Values and Planning, S. 87-115. Aldershot: Avebury
- Vasu, M.L. (1979): Politics and Planning: A National Study of American Planners. Chapel Hill: University of North Carolina Press
- Vettoretto, L. (1997): Planning Theory and Fragmented Societies: Explorations in Melvin Webber's Civic Liberalism, in: Planning Theory 9(17): S. 113-41
- Ylvisaker, P.N. (1961): Diversity and the Public Interest, in: Journal of the American Institute of Planners 27(2): S. 107-17

Planung als soziale Konstruktion

Erschienen als: David Naegler: Planung als soziale Konstruktion: Leitbilder als Steuerungsmedium in Stadtplanungsprozessen, Berlin 2003: edition sigma, 283 Seiten, 18,90 Euro

Besprechung von Simon Güntner

Die planungssoziologische Studie von David Naegler befasst sich mit der Funktion von Leitbildern in Planungsprozessen und betrachtet die Bedingungen, unter denen heterogene Planungsarrangements koordiniert werden können. Anhand der Fallstudie Berlin-Adlershof kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass die Koordinierungsleistung von Leitbildern sehr gering und zudem mit paradoxen Nebenwirkungen behaftet ist.

Am Beginn der Arbeit sehen wir ein Bild von zwei Neubauten des Innovationszentrums in Berlin-Adlershof, das Buch endet mit demselben Foto. Gezeigt werden zwei Gebäude, die in ihrer Gestaltung für den Laien unterschiedlicher nicht sein könnten. So bilden sie zunächst mit ihren Fassaden für den Leser auch eine Black Box, nach der Lektüre sind sie allerdings als bauliche Interpretationen des Leitbilds „Stadt für Wissenschaft und Wirtschaft Adlershof“ transparent geworden.

Zur Entschlüsselung dieser steinernen und gläsernen Hüllen rekonstruiert der Autor die strukturellen Bedingungen des Planungsarrangements und geht dabei in drei Schritten vor. In einem ersten Teil entfaltet er mögliche Perspektiven auf den Planungsprozess. Die Begriffe der *Planung* und des *Rahmens*, *Leitbilder* und der *Steuerungsbegriff* werden theoretisch herausgearbeitet und gleichsam als einander ergänzende Blickwinkel eingeführt. Im zweiten Teil wird mit diesem analytischen Gerüst dann die Fallstudie Adlershof rekonstruiert. Der wirt-

schafts- und der stadtentwicklungspolitische Rahmen werden dabei ebenso betrachtet wie das Planungsarrangement und das Gutachterverfahren. Es wird gezeigt, wie das Leitbild „Stadt für Wissenschaft und Wirtschaft“ zustande kam und welche Wirkung es auf das Verfahren entfalten konnte. Am Beispiel der Wettbewerbe zum Innovationszentrum für Umwelttechnologie und zum Innovationszentrum für Optik, Optoelektronik und Lasertechnik – die beiden Gebäude auf den die Studie rahmenden Fotografien – wird diese Wirkung illustriert. Im dritten Teil der Arbeit werden dann Überlegungen über die Steuerungsinstrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und das Medium Leitbild angestellt.

Gestützt auf die detaillierte Prozessanalyse und ein präzises, an soziologischen Begriffen geschärftes Beobachtungsinstrumentarium kommt Naegler hier zu einer ernüchternden Erkenntnis: Die „Selbstbeschränkung der politischen Steuerung zugunsten der Selbstorganisation des Planungsarrangements hat zur Folge, dass die Entscheidungen bezüglich konkreter Bauprojekte, wie die Wettbewerbsergebnisse zeigen, vollkommen kontingent ausfallen“ (S. 255). Zusätzlich zeitigen Leitbilder generell eine paradoxe Wirkung und generieren weitere Zufälligkeiten und erhöhten Steuerungsbedarf anstatt eine kohärente Struktur der Teilprojekte zu gewährleisten. Diese Kritik stützt er auf drei Thesen: (1) „Leitbilder spiegeln die Koordinationsformen heterogener Planungsarrangements wider“, (2) „Akteure mit besonderer Formvirtuosität haben bessere Chancen, Leitbildern ihre Sichtweise einzuschreiben (...)“, und (3) „Leitbilder sind kaum zu revidieren... Effektive Leitbilder verstellen den Blick darauf, dass es immer noch andere Optionen gibt als die, die sie zeigen“ (S. 256f.).

Aus diesen Beobachtungen zieht Naegler den Schluss, dass komplexe pluralistische Entscheidungsprozesse eine „Doppelstrategie von Integration und Differenzierung“ erforderlich machen (259). Leitbilder allein garantieren keine kollektive Orientierung, da sich die Akteure in einem dezentralen Netzwerk „permanent in Verhandlungsdilemmata zu verstricken drohen“ (259). Aus diesen Gründen favorisiert der Autor eine stärkere organisatorische Integration der Beteiligten, um frei von institutioneller Räson und „Loyalitätsverpflichtungen (...)“ gegenüber den Herkunftsorganisationen eine kollektive Orientierung zu ermöglichen. Etwaige Nebenwirkungen einer solchen „wechselseitigen Perspektivenübernahme“ werden jedoch im Text nicht thematisiert.

Die komplexe Fallstudie eines zähen Planungsprozesses überzeugt in ihrer akribischen Herausarbeitung der Grenzen leitbildorientierter Planung. Die minutiöse Darstellung der Planungsrealität hinterlässt so auch ein gewisses Gefühl der Ohnmacht angesichts der vielfältigen Interessen, Motive und Spiele in diesem Spiel.

Marginalisierte Städte

Erschienen als: Christine Hannemann, Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag 2004. ISBN 3-8305-0849-2. Kartoniert, 24,80 EUR

Besprechung von Stephan Beetz

Der Normalität gehört selten die öffentliche und soziologische Aufmerksamkeit. Mit ihrem Buch „Marginalisierte Städte“ beleuchtet Christine Hannemann nun ein von der Großstadt- wie der Dorfforschung gleichermaßen vernachlässigtes Gebiet. Ein wichtiges Anliegen des Buches ist es, Kleinstädte als eigenständigen Stadttypus zu klassifizieren. Dem dienen eine detaillierte Sichtung der vorhandenen Forschungslage zur Kleinstadtforschung sowie ein umfassender Überblick zur Community-Forschung in internationaler Perspektive. Im Resultat

arbeitet Christine Hannemann über die üblichen, rein statistischen Merkmale (unter 20.000 Einwohner) und die vielfältigen historischen Entwicklungspfade hinausgehend spezifische Muster heraus: die besondere baulich-räumliche Struktur, die gewerblich-mittelständische Wirtschaftsstruktur und die zentralörtlichen Grundfunktionen. Eine ideologiekritische Betrachtung bisheriger Wahrnehmungen führt zu dem Ergebnis: „Die einen verbinden mit diesem Stadttyp eine unrealistische Idylle, die anderen sehen in ihr den Ort jeglicher Rückständigkeit. Kaum jemand macht sich die Mühe, die tatsächlichen Lebensverhältnisse wahrzunehmen“ (S. 57). In dieser Hinsicht unterbreitet das Buch, das in mehrjähriger, kollegialer Forschungsarbeit durch repräsentative Befragung, Experteninterviews und Fallstudien entstanden ist, einen wichtigen Einblick in die Wirklichkeit Nordbrandenburger/Mecklenburger Kleinstädte. Die Spannung in der Fülle des empirischen Materials entsteht durch die zwei grundsätzlichen Fragestellungen: Welche Zukunft besitzt dieser Stadttyp und welche Potenziale stecken in den Kleinstädten? Anhand des Vergleiches von vier ausgewählten Städten fallen die Antworten sehr differenziert aus.

Kleinstädte sind im hier behandelten Sinne Zentren des ländlichen Raumes. Funktional zeichnen sie sich durch Wirtschaftsbereiche aus, die landwirtschaftliche Nutzungen ergänzen bzw. vervollständigen und zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für die Bewohner des Umlandes schaffen. Zugleich bilden sie Mittelpunkte der Kultur und des Einzelhandels sowie gesellschaftliche Zentren. In der Überschaubarkeit sozialer Netzwerke liegen sie in der Nähe dörflicher Vergesellschaftung, trotzdem entsteht aus ihrer höheren Einwohnerzahl im soziologischen Sinn eine größere Zahl von Verkehrskreisen, die mit einer heterogenen Sozialstruktur einhergehen. Allerdings ist Vorsicht geboten, die heutigen Dörfer mit „landwirtschaftlicher“ Erwerbstruktur und sozialer „Gemeinschaft“ zu etikettieren. Vielmehr belegen auch die aufgezeigten Entwicklungen, dass zwischen Dörfern und Kleinstädten enge regionale Verflechtungen bestehen, aber auch sehr disperse lokale Entwicklungen verlaufen. Wenn sich Dörfer - teilweise sehr erfolgreich - in den Wohn-, Erwerbs- und Konsumfunktionen gegen die Kleinstadt wappnen, stellt dies jene Zentralitätsfunktion der Kleinstädte infrage, die deren Bewohner als „Mittelpunkt der Region“ identifizieren. Hier hilft es nicht weiter, die Kleinstädte als „überlebensfähige Siedlungskerne“ der „erodierenden“ demografischen und sozialen Basis der Dörfer gegenüber zu stellen (S. 300). Dann gerät lokaler Partikularismus, der ländliche Gesellschaften sicherlich auszeichnet, in der Neuverteilung überregional oder global agierender Entwicklungschancen zur Falle.

In der Bewältigung der Entwicklung peripherer Räume gewinnt die zweite Frage an Bedeutsamkeit, ob die mehrfache Marginalisierung der Kleinstädte in der Phase der Industrialisierung, der DDR und schließlich der Wende zu spezifischem Erfahrungswissen geführt hat, das in der „Schrumpfung als neuem Modell der Stadtentwicklung“ (S. 76) eine neue Tragweite erhält, weil es ihr Überleben sichert. Die Krisensymptome sind offensichtlich: Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung, Abwanderung. Das „zentrale Problem“ ist nicht, die Transformation der wirtschaftlichen Basis, sondern ihre weitgehende Erosion, die in einen Funktionsverlust der Städte durch Abbau von Industrie, Militär, Landwirtschaft und vielerorts der Verwaltung mündet (S. 87). Doch Schärfe gewinnt die Analyse der heutigen Strukturschwäche nur, wenn die „weit zurückreichenden historischen Ursachen“ gesehen werden (S. 308). Die nun formulierte - scheinbar paradoxe - Wendung von historischer Rückständigkeit und sozialräumlicher Marginalität als kulturelle Form des Umgangs mit Schrumpfung („Kultur der Marginalität“) ist in der Transformationsforschung nicht gänzlich neu, tritt aber aus dem essayistischen in den empirisch belegbaren Bereich heraus: Die „alten“ Innenstädte werden nach - teilweise politisch sehr kontrovers diskutierter - Sanierung zu wichtigen Orten der Identifikation, Stätten der Lebensqualität und Räumen mit touristischer Attraktivität. Die in Folge ausbleibender Industrialisierung kleinteilige Gewerbestruktur belegt wirtschaftliche Nischen. Lange Wohn-

dauer und geringe Fluktuation der Einwohner führen zu stabilen sozialen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement. Stadtfeste erreichen alle Schichten der Bevölkerung (auch die fortgezogene) und bilden zentrale Ereignisse gemeinsamer Begegnung und Erfahrung. Die Bleibeorientierung resultiert wesentlich stärker aus den vielfältigen Familien- und Netzwerkbindungen als beispielsweise dem Wohneigentum oder der beruflichen Tätigkeit. Die Erwartungen an „Problemlöser von außen“ sind ausgesprochen gering. Genau hier zeigt das Buch sehr eindrücklich die Gratwanderung in der Beurteilung endogener Potenziale, wenn einerseits wirtschaftlicher Mittelstand und „innovatorisches und risikobereites Handeln“ fehlen, andererseits Bindungskräfte und Lebensqualität zu bestimmenden Faktoren werden. Auch wenn lokales Sozialkapital verallgemeinert zur Existenzsicherung und Bewahrung von Lebensqualität beiträgt, demonstrieren die vier Fallbeispiele, wie komplex Akteurskonstellationen und ökonomischer Erfolg verknüpft sind. Hier liegt weiterer Forschungsbedarf. Im Übrigen zeigt die Studie, wie die traditionsreiche Community-Forschung differenzierte Aussagen zum Sozialkapital leisten kann.

Die Bedeutung des Buches für eine räumlich bezogene Soziologie liegt sicherlich darin, dass die Kleinstadt als lokaler Typ der Vergesellschaftung dargestellt wird. Interessanterweise unterscheiden sich die Kleinstadtbewohner in den klassischen Merkmalen der Sozialstrukturanalyse (wie Bildung, Alter, Einkommen, berufliche Qualifikation) kaum vom Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung, und trotzdem können spezifische Lebens- und Interaktionsstile identifiziert werden: Beispiele hierfür sind eine Personalisierung der Stadtpolitik, sachorientierte Machtbindung, Familienzentrierung, Freizeitgestaltung über Vereinsmitgliedschaften, informelle soziale Unterstützungssysteme, hohe soziale Kontrolle sowie eine „problemreduzierte“ und „vollständigere“ Lebensweise. Das „insgesamt positive Bild des kleinstädtischen Lebens“, das nicht nur die Bewohner von ihren Städten, sondern auch die Autorin von ihrem Untersuchungsgegenstand zeichnet, ist keine Idyllisierung der Schrumpfung, sondern eine Korrektur von modernistischen Wachstumsmodellen.

City and Gender

Ulla Terlinden (Hrsg.): City and Gender. International Discourse on Gender, Urbanism and Architecture. Leske + Budrich, Opladen 2003. 230 Seiten

Besprechung von Alexandra Kast

Dieser Band ist das Ergebnis der „International Women’s University“, die im Jahr 2000 in Kassel stattgefunden hat. Insofern reflektiert er internationale Diskurse über Geschlecht, Urbanismus und Architektur. Die Autorinnenschaft ist nicht nur international, sondern auch interdisziplinär zusammengesetzt und präsentiert sowohl abstrakte Analysen als auch empirische Ergebnisse und praktische Handlungsansätze. Das macht das Buch zu einem spannenden Überblick über den Facettenreichtum der feministischen Diskussion.

Das Buch behandelt vier Themenblöcke: demokratische Prozesse in der Stadt („Women’s Movement and Public Spaces“), das ästhetische Image der Stadt („Symbols and Urban Space“), das Ideal der städtischen Solidarität („Social Differences and Urban Development“) sowie Nachhaltigkeit („Sustainability and Planning“).

Marianne Rodensteins Überblick über die Genese der Zweiten Frauenbewegung zeigt die wechselseitige Verknüpfung von feministischer Theorie und Praxis auf. Über die Frage nach einem Engagement innerhalb oder außerhalb der bestehenden Strukturen entstand die auto-

nome Frauenbewegung; gleichzeitig brachte die Selbstorganisation in der Frauenbewegung den Frauen unterschiedlichste Qualifikationen, die ihnen den Weg in die gesellschaftlichen Institutionen ebneten. Auch die andauernde Debatte über die Gleichheit bzw. Differenz von Frauen und Männern hat in dieser Auseinandersetzung ihren Ursprung. Rodenstein beleuchtet die poststrukturalistische Kritik am europäischen Feminismus, wie sie vor allem US-amerikanische Feministinnen formulierten, und die Besonderheiten der feministischen Politik in Entwicklungsländern, deren Konzept des Empowerment neben der Durchsetzung der Gleichberechtigung zunächst die materielle Verbesserung der Lebensverhältnisse für Frauen verfolgt. Am vorläufigen Ende dieser Entwicklung steht laut Rodenstein ein Feminismus auf globaler Ebene in Form von UN- und Menschenrechtspolitik und Gender Mainstreaming. Diese Top-Down-Ansätze suggerieren paradoxerweise einen „Sieg“ des Feminismus, der Frauenpolitik überflüssig erscheinen lässt.

Ulla Terlinden greift den sowohl für die Geschlechterforschung als auch für die räumliche Planung konstituierenden Diskurs über „öffentlich“ und „privat“ auf. Sie zeigt, wie der moderne philosophische Diskurs die Dichotomie von „public man“ und „private woman“ reproduziert. Gegen den philosophischen Zugang von Hannah Arendt und Jürgen Habermas, die eine Trennung öffentlich-privat zugrunde legen, stellt Terlinden die historische Wirtschaftsform des „ganzen Hauses“ als zugleich öffentlichen und privaten Ort der Produktion und des Konsums, die utopischen Diskurse von T. Morus, C. Fourier und M. S. Howland/A. C. Austin sowie die wachsende Rolle von (bürgerlichen) Frauen als Konsumentinnen am Ende des 19. Jahrhunderts. Mit der zunehmenden Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum änderte sich auch das Gesicht der Städte, und über diese „Hintertür“ fanden Frauen letztlich auch den Zugang zum politischen Raum, so die These.

Ursula Paravicini wendet sich konkreter dem gebauten öffentlichen Raum und seiner Bedeutung für das Geschlechterverhältnis zu. Für Frauen kann der urbane öffentliche Raum Ort der Toleranz und der freien Entfaltung, aber auch der Einengung und Angst sein. Die aus der Kritik an Angsträumen entstandene „frauenspezifische Planung“ der 1980er Jahre kritisiert die Autorin als faktische Zementierung der Geschlechterhierarchie (S. 60). Paravicinis Artikel stellt eine eigene Untersuchung zur geschlechtsspezifischen Nutzung öffentlicher Räume (Parks) vor und schließt mit Planungsempfehlungen aus feministischer Perspektive: Ausgehend von der Tatsache, dass öffentliche Räume den Rahmen darstellen für soziale Interaktion, Selbstdarstellung, freie Meinungsbildung und kollektives Handeln und somit eine zentrale Ressource für das Handeln von Frauen sind, muss die freie Zugänglichkeit für Frauen und Mädchen oberstes Gebot bei der Planung sein.

Kerstin Dörhöfer erörtert in ihrem Artikel den symbolischen Gehalt von Architektur und besonders die darin verschlüsselten geschlechtsspezifischen Symbole. Seit der Antike wurde die Geometrie dem männlichen Prinzip zugeordnet, Spontaneität und Unordnung dem weiblichen Prinzip. Mit der Präsenz von Frauen in der Architektur hat sich herausgestellt, dass diese tatsächlich anders entwerfen und planen als Männer. Am Beispiel von vier bekannten Architektinnen legt Dörhöfer dar, dass diese nicht einfach die Logik der Form und Geometrie konterkarieren, sondern vielmehr um eigene Ansprüche erweitern; sei es Humanität, die flexible Anpassung an individuelle Bedürfnisse oder auch an die natürliche Umgebung. Die Frage, ob die Binarität der Geschlechterbilder durch eine „weibliche“ Planung aufgehoben oder gar reproduziert wird, bleibt hier jedoch unbeantwortet.

Nach dieser Dekonstruktion von Architektur als Text folgt sozusagen die Anweisung zum Lesen von Rachel Kallus. Von der individuellen Architektur geht ihr Blick zum urbanen Raum und zu einer Verbindung von objektiver und subjektiver Lesart des städtischen Raums. Als Illustration dieses Ansatzes führt sie eine eigene Untersuchung an, bei der Frauen nach der Nutzung des öffentlichen Raums in einem Stadtviertel befragt wurden. Ihre Aussagen zeigen,

dass ihr subjektiver öffentlicher Raum stark von dem objektiv vorhandenen öffentlichen Raum abweicht. Er ist durch verschiedene Einschränkungen für die Frauen viel kleiner (S. 122). Kallus' Folgerung, dass eine erfolgreiche Stadtplanung den Blick der NutzerInnen im Auge behalten muss, ist zwar nicht neu, wird hier jedoch noch einmal überzeugend illustriert.

Aysegül Baykan betont, dass sowohl „Frauen“ als auch „Städte“ keine einheitlichen und statischen Kategorien, sondern jeweils historisch überformt sind. Das historische Ereignis der Industrialisierung führte besonders in den Entwicklungsländern zu einer Form der Urbanisierung, die Frauen von der Partizipation am Wohlstand ausschließt (S. 137). Damit geht die ökonomische Entwicklung nicht nur an den Frauen vorbei, sondern beeinträchtigt sogar deren Lebensqualität. Es bleibt zu prüfen, ob die zunehmende Lokalisierung, Dezentralisierung und Fragmentierung der Ökonomie und Politik zu einem Zuwachs an Einfluss für Frauen in der öffentlichen Sphäre führt oder ihre Benachteiligung verschärft.

Haushalte mit einem weiblichen Familienvorstand sind das Thema von Ruth Beckers Beitrag. Ist das Armutsrisiko wirklich besonders groß, wenn es einen weiblichen Haushaltsvorstand gibt, wie die gängige Annahme lautet (S. 151f.)? Becker bietet eine Reihe interessanter Statistiken, die vor allem die großen regionalen Unterschiede zwischen den konkreten Lebenslagen dieser Haushalte illustrieren. So ist das Armutsrisiko für frauengeführte Haushalte in den entwickelten Ländern größer als in Schwellenländern und afrikanischen Entwicklungsländern. In den arabischen Staaten und dem asiatisch-pazifischen Raum dagegen sind diese Haushalte weniger von Armut betroffen als jene mit einem männlichen Haushaltsvorstand (S. 156). Allein erziehende Mütter sind die am stärksten von Armut betroffene Gruppe (und die größte Gruppe der Frauenhaushalte in den Industrieländern). Die Ursache für diese erstaunlichen Konstellationen sieht Becker in einer diskriminierenden Wohlfahrts- und Wohnungspolitik besonders der angelsächsischen Länder. Ihr Beitrag endet mit einem dringlichen Plädoyer, diese Missstände zu beseitigen.

Der dritte Teil des Buches befasst sich mit dem Konzept der Nachhaltigkeit von Städten und seiner Beziehung zur Genderfrage. Giulietta Fadda legt in ihrem Beitrag den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Geschlecht dar. Nachhaltigkeit beinhaltet den Anspruch, gegenwärtige menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die natürlichen Ressourcen auch für zukünftige Generationen zu zerstören. Nur eine Stadt, die nachhaltig wirtschaftet, kann ihren Bewohnern eine gewisse Lebensqualität garantieren. Beide Aspekte gehören deshalb untrennbar zusammen. Zur Lebensqualität gehören neben dem Zugang zu materiellen Ressourcen auch Aspekte von Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Teilhabe sowie die subjektive Wahrnehmung derselben. Da Geschlecht eine soziale Kategorie ist, die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten mit sich bringen kann, ist der Gender-Aspekt ein wichtiger Faktor der Lebensqualität. Leider geht die Autorin hier nicht näher auf eben diese Gender-Aspekte ein.

Städte, wenn sie nachhaltig sein wollen, müssen ihre Entwicklungsmuster immer wieder den neuen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gegebenheiten anpassen, so die These von Beverly Willis. Durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und den Wunsch nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Bedarf an kurzen Wegen zu Schule, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung, Kinderbetreuung etc. gewachsen. Die Stadtentwicklung muss sich diesen Bedürfnissen anpassen; alte Entwicklungsmuster wie die funktionsgetrennte Zonierung sind hier kontraproduktiv. Eine solche Entwicklung wäre auch aus ökologischer Sicht wünschenswert. Die Autorin schlägt vor, die Bezugsräume der sich auf natürliche Weise herausbildenden urbanen Nachbarschaften („nodes“) als Grundlage für die städtische Planung zu nehmen (S. 204f.). Auch hier wird leider am Ende nicht auf die konkreten Gender-Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung eingegangen.

Der abschließende Artikel von Christine Bauhardt untersucht den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit, Mobilität und Geschlechterverhältnis. Die Autorin macht darauf

aufmerksam, dass die Gleichsetzung von Frauen mit einer ökologischen Lebensweise auch kontraproduktiv sein kann, da sie Geschlechterstereotype reproduziert und Frauen als Opfer männlichen Handelns erscheinen lässt (Frauen sind quasi die Natur!). Allerdings ist nicht klar, ob nicht auch Bauhardt diesem Modell aufsitzt, wenn sie die unbezahlte weibliche Reproduktionsarbeit als „natürliche Ressource“ wertet (218). In ihrem idealen Nachhaltigkeitsmodell stehen die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales gleichberechtigt nebeneinander, mit gleichem Zugang für Frauen und Männer. Dass die Realität noch weit davon entfernt ist, wird anschließend anhand der Verkehrsplanung im Ruhrgebiet belegt, die sowohl von ökonomischen Anforderungen als auch von einem androzentrischen Blick dominiert ist.

Bei dem Buch handelt es sich um ein sehr gutes Grundlagenwerk, das eine umfassende Einführung in das Thema gibt, den Stand der Dinge zusammenfasst und den Anreiz bietet, sich weiter mit der Materie zu beschäftigen. Schade ist, dass die Artikel z.T. ein wenig unverbunden nebeneinander stehen. Am Ende der Lektüre sind viele Fragen offen, z.B. nach den konkreten Bedürfnissen von Frauen in Städten, die oft nur angedeutet, aber nicht ausgeführt oder empirisch belegt werden. Problematisch erscheint die oftmals implizite Gleichsetzung von Frauen mit einer ökologischen Lebensweise, die sich verdächtig nah am patriarchalen Gleichnis Frau = Natur bewegt. Obwohl das Buch im Umfeld der IFU entstanden ist, kommen leider nur Professorinnen, aber keine Nachwuchswissenschaftlerinnen zu Wort. Für eine weitere Vertiefung des Themas aus unterschiedlichen Perspektiven bietet das Buch auf jeden Fall eine Vielzahl interessanter Anknüpfungspunkte.

Smart Growth - New Urbanism - Livable Communities. Programm und Praxis der Anti-Sprawl-Bewegung in den USA

Erschienen als: Harald Bodenschatz / Barbara Schönig: Smart Growth – New Urbanism – Livable Communities. Programm und Praxis der Anti-Sprawl-Bewegung in den USA. Verlag Müller und Busmann, Reihe Zwischenstadt Band 2. Wuppertal 2004, 208 Seiten, zahlreiche Abbildungen in Farbe und s/w, 24 Euro.

Besprechung von Uwe Altrock

Die Zwischenstadt-Debatte war in Deutschland nach dem Buch von Thomas Sieverts für einige Jahre auf der Stelle getreten. Schon Sieverts hatte in der zweiten Hälfte seines Buchs konzidieren müssen, dass er ja gar nicht so arg gegen die „Europäische Stadt“ sei und dass es noch intensives Nachdenken erfordern würde, bis sinnvolle konzeptionelle Ansätze zur Qualifizierung des suburbanen Raums gefunden werden könnten. Bei aller Schlüssigkeit der Sievertsschen Argumentation hatten sich die Epigonen doch für eine gewisse Zeit darin ergangen, eine neue Sichtweise auf die Zwischenstadt zu predigen und dem, was da so unstrukturiert und aller Nachhaltigkeit spottend entsteht und besteht, zumindest in der geschulten Fachwelt eine andere Ästhetik zuzuschreiben. Inzwischen hat die Diskussion um die Zwischenstadt glücklicherweise auf den Boden zurückgefunden. Nicht zuletzt der „Ladenburger Kolleg“ um Thomas Sieverts hat hier einige sinnvolle Beiträge geleistet. Auch wenn der Stein der Weisen noch nicht gefunden ist oder vielleicht auch niemals gefunden werden kann, lohnt es doch, sich auf die Suche nach Ansätzen zu machen, die anderswo bereits ausprobiert werden.

Genau dies tut nun der übersichtlich und im positivsten Sinne völlig emotionsfrei gestaltete Band 2 der Schriftenreihe „Zwischenstadt“. Harald Bodenschatz und vor allem seiner

Mitarbeiterin Barbara Schönig gelingt es, auf knappem Raum eine solide, breite und nutzbringende Analyse der US-amerikanischen Anti-Sprawl-Ansätze zusammenzustellen, die für alle deutschen Fachleute zur Pflichtlektüre werden sollte.

Zu hoch waren doch die Wogen in den letzten Jahren geschlagen, als vor allem Architekten in Deutschland mit gerümpfter Nase den New Urbanism, den sie zumeist kulturkritisch vermittelt über Filme wie „Truman Show“ kennen gelernt hatten, als billige traditionalistische Disneyfizierung der Vorstädte abkanzeln und sich insbesondere gegen die „gated communities“ wandten, in denen die weiße Ober- und Mittelschicht ihre ethnisch segregierte unsoziale (Vor-)Stadtvision zelebriert. Dass die von ihnen kritisierten Siedlungen häufig gar nicht Produkte des New Urbanism waren, ist ihnen dabei vielfach entgangen. Was aber wirklich hinter New Urbanism oder dem selbst propagierten „schlauem Wachstum“ steckt, das hatten verschiedene Autoren bislang mit nur mäßigem Erfolg einem deutschen Fachpublikum zu vermitteln versucht.

Bodenschatz und Schönig schließen hier eine wichtige Lücke. Sie zeigen auf, welche Prinzipien sich die Bewegungen in den USA gegeben haben, wer hinter ihnen steckt, wie sie in die Gesellschaft wirken, welche Ergebnisse ihre Arbeit bringt und natürlich wie sie zu bewerten ist. Der Band liefert darüber hinaus praktische Hinweise wie eine Übersicht wichtiger Websites von Organisationen. Jeder interessierte Leser sollte das Buch hier als Wegweiser zum weiteren Recherchieren nutzen und sich durch intensives Herumsurfen ein ergänzendes Bild verschaffen, denn die beschriebene Szene ist so breit und vital, dass schon die Recherche nach weiteren Analysen, Beispielen und Dokumenten eine wahre Freude ist – ganz unabhängig davon, ob man den beschriebenen Bewegungen zuneigt oder nicht.

Der Band behandelt die im Titel genannten drei sich gegenseitig überschneidenden Hauptlinien der Bewegung zusammen. Das ist angesichts der Vielzahl von Organisationen, die sich in den USA gegen die Zersiedlung zu stemmen versuchen, auch nicht anders möglich. Andererseits liegt darin vielleicht auch eine der wenigen Schwächen des Buchs, dass nämlich bestimmte Teile der „Bewegung“ gar nicht mehr richtig erkennbar sind. Dies beginnt schon bei den „Livable Communities“ und setzt sich erst recht bei den Organisationen fort, die Zersiedlung eher am Rand thematisieren und deren Beziehung in die Gesellschaft und in die Fachwelt nicht so recht deutlich wird, wie etwa dem traditions- und einflussreichen Sierra Club. Auch der Blick auf die Haltung der Politik fällt ein wenig kurz aus, wenn verstanden werden soll, wie vielschichtig sich die Rahmenbedingungen in den verschiedenen Bundesstaaten darstellen und was es bedeutet, gegen eine liberalistische Gesellschaft mit Konzepten der Begrenzung von Zersiedlung antreten zu wollen. Die gegen Ende des Buchs dokumentierte Podiumsdiskussion wäre verzichtbar gewesen, auch wenn zwischen den Zeilen ein paar interessante Beobachtungen stecken.

Abgesehen von diesen kleinen Defiziten ist das Buch eine wahre Fundgrube. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Geschichte des Sprawl in den USA stellt der Band in knapper Form das notwendige Rüstzeug für das Verständnis der Bewegung zusammen, nämlich die Erscheinungsformen des „postsuburbanen Raums“ mit seinen Edge Cities oder eben Gated Communities. Daran anschließend wird die Anti-Sprawl-Bewegung in vielschichtiger Weise vorgestellt, die es vorzüglich erlaubt, die ansonsten nur über Bilder vermittelten Ergebnisse in ihren Kontext einzuordnen. Die Kennzeichen der Anti-Sprawl-Bewegung liegen dabei vor allem in ihrer Interdisziplinarität und ihrer flexiblen, aber äußerst schlagkräftigen Öffentlichkeitsarbeit. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass diese vor allem deshalb auf so fruchtbaren Boden stößt, weil die Rahmenbedingungen für eine Eindämmung von Zersiedlung in den USA so ungünstig sind, die Frustration über die Realitäten also in Teilen der Gesellschaft viel weiter geht als etwa in Deutschland. Die Kritik am Sprawl richtet sich, wie im nächsten Abschnitt ausgeführt wird, gegen die soziale Ungerechtigkeit der regionalen

Entwicklung, die fehlende ökologische Nachhaltigkeit, die Verkehrsprobleme, die auch den unbesserlichsten Liberalisten als Problem bewusst sind, und die städtebaulich-architektonische Gestalt von Postsuburbia.

Die sich nun anschließenden Konzepte der Anti-Sprawl-Bewegung bilden einen der informativen Höhepunkte des Buchs. Das ganze Arsenal der Reformversuche von den Ansätzen einer Regional City über Reformen des Planungsrechts und die Bildung von Koalitionen in die Gesellschaft wird vorgestellt, bevor auf die räumlich-gestalterische Ebene eingegangen und auf die planerischen Instrumente eingegangen wird. Bodenschatz und Schönig räumen gründlich auf mit dem Vorurteil, es handle sich dabei lediglich um traditionalistische Siedlungen auf der Grünen Wiese, und demonstrieren, wie sich die Anti-Sprawl-Bewegung zu einigen heiligen Prinzipien europäischer Best Practice der Raumplanung bekennt. Auf der stadtregionalen Ebene sind dies etwa eine ausgewogene, dezentral konzentrierte Entwicklung und die Förderung von Nachverdichtungs- und Innenentwicklungskonzepten, auf der Quartiersebene die fußgängerorientierte Stadt mit einer Konzentration von Funktionen um Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs, auf der der Instrumente beispielsweise innovative und sehr pragmatische Beteiligungsverfahren wie die Charrette oder die in Europa gängigen Rahmenpläne, Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen, die in den USA interessanterweise gerade jetzt Konjunktur haben – und dort Masterplan, Urban Code und Architectural Code heißen.

Man könnte vorschnell schließen, die US-amerikanische Bewegung sei daher für Deutschland „Kalter Kaffee“, gerade weil sie an ähnliche Grenzen stößt wie in Europa, beispielsweise im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Siedlungsstruktur an den Liniennetzen des öffentlichen Verkehrs und der Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums auf der regionalen Ebene. Bodenschatz und Schönig sparen denn auch nicht mit Kritik an der Effektivität der Bewegung und der Vorstellung kritischer Positionen von Fachleuten in den USA selbst. Doch es ist keineswegs so, dass wir uns selbstgefällig von einer Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Realität abwenden sollten. Für die Zukunft unserer Vorstädte lassen sich bei genauerer Betrachtung schon jetzt mehrere Botschaften ableiten: Erstens kann studiert werden, ob und inwieweit in einem dauerhaft planungs- und staatskritischen Umfeld überhaupt räumliche Steuerung möglich ist. Zweitens kann man an US-amerikanischen Konzepten ahnen, in welche Richtung zukünftig Stadtumbaubemühungen auch in Europa gehen könnten. In ganz praktischer Hinsicht ragen vor allem zwei Trends heraus: der Niedergang älterer und näher an den Kernstädten gelegenen Vorstadtsiedlungen und die Entstehung von „Greyfields“, also brachfallenden ehemaligen Einkaufszentren auf der Grünen Wiese. Hier sind Diskussion und Praxisansätze zwangsläufig in den USA wesentlich weiter als in Europa. Drittens, und das ist wohl die wichtigste Botschaft des Buchs wie zahlreicher anderer Publikationen über die Anti-Sprawl-Bewegung, zeigt deren Vielschichtigkeit und Vitalität, wie man in der heutigen Zeit überhaupt eine erfolgreiche Bewegung auf die Beine stellt. Wenngleich sich hieraus nicht unmittelbar Rezepte für europäische Bewegungen ableiten lassen, ergibt sich doch eine Fülle von Anregungen. Sie allein lohnt schon eine Lektüre des Buchs und ein intensives Studium der Anti-Sprawl-Bewegung insgesamt.

Wer plant die Planung?

Lucius Burckhardt: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. (Hg. von Jesko Fezer und Martin Schmitz). 359 Seiten; 18,50 €; ISBN 3-927795-39-9; Martin Schmitz Verlag; Berlin 2004. Das Internet öffnet unter www.martin-schmitz-verlag.de eine Bibliographie aller Lucius-Burckhardt-Schriften, die ein halbes Tausend überschreitet.

Besprechung von Roland Hasenstab

„Wer plant die Planung“ heißt das neue Buch von Lucius Burckhardt (1925-2003). Es behandelt die „Stadtplanung in der Demokratie“, ein Thema, dem sich der Basler Soziologe und Nationalökonom zeitlebens gewidmet hat. Jesko Fezer und Martin Schmitz haben 34 Schriften ausgewählt und lesenswerte Vorworte geschrieben. Gestaltung, sagt Burckhardt, ist ein Vorgang, der sich im Dreieck Auftraggeber – Gestalter – Benutzer vollzieht. Ein echter Beschlussfassungsprozess wäre das Ziel künftiger Gestaltungspolitik: Nur so viel zu planen, dass der nächste Partner im Prozess auch noch etwas zu sagen hat. In der Auseinandersetzung mit dem Bauen und seinem Nutzen fördert der Autor überraschende, theoriebildende Erkenntnisse zu Tage. Das Ergebnis ist eine weiterführende Grundlagenforschung, eine sehr fein begründete Planungstheorie, die auch die denkbaren Rollen von Politik, Planung der „Umwelt“ und Mensch neu sortiert.

Beginnen wir mit der Politik: Demokratie ist langsam. Wie die Gesellschaft verändert sich die Stadt über lange Zeiträume; deshalb sind diese Prozesse kaum wahrnehmbar. Die Politik möchte sich legitimieren, am liebsten mit dem schnellen, sichtbaren Erfolg. Die Planung bietet der Politik bevorzugt große, teure „Lösungen“ an und verspricht dauerhaft gültige Ergebnisse. Leider bewirken sie allzu oft das Gegenteil: Im falschen Umgang mit „böartigen“, also baulich nicht lösbaren „Problemen“ vermehrt die Verwaltung ihre Aufgaben, die Politik reduziert ihre Handlungsmöglichkeiten; zurückgenommen werden auch mögliche Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten des Bürgers, auf dessen mannigfaltige Mithilfe jede erfolgreiche Stadtpolitik angewiesen wäre. Die Aufsätze „Wer plant die Planung?“ (S. 71) oder „Politische Entscheidungen in der Bauplanung“ (S. 45) thematisieren die Arbeitsweisen von Parlament, Regierung, Verwaltung, Fachleuten oder Bürgern; darin finden sich interessante Beschreibungen, wie die Kommunen ihre Umwelt planend verändern, aber auch, warum die Politik oftmals nicht in der Lage ist, den eifrig bekämpften und schließlich selbstgeschaffenen Übelstand zu erkennen: Wichtig wäre, argumentiert Burckhardt, dass die Vorfragen der Planung als solche erkannt werden, zu denen die Öffentlichkeit bei einer demokratischen Beschlussfassung überhaupt mitreden kann.

Das verbreitete Expertenwissen samt seiner Ideengeschichte beleuchtet der Kritiker in den Texten „Schwierigkeiten beim Nachdenken über Leitbilder“ (S. 58), „Zwischen Flickwerk und Gesamtkonzeption“ (S. 96) oder „Die Zukunft, die nicht kam“ (S. 106). Burckhardts Werk überzeugt darin, ja ist schier angetrieben von der ständigen Suche nach demokratischen Umgangsformen in der komplexen Planungsmaterie. Es fördert die Auseinandersetzung mit den Folgen der Planung oder noch naheliegender die qualifizierte Betrachtung der urbanen Entwicklung, der Lebensweisen. In dieser Betrachtung können politische Alternativen entstehen und neuer geistiger Stoff für die Politik herauspringen.

Kommen wir zur Umwelt: Nicht die unberechenbare Natur ist gemeint, sondern die Sphäre des Gebauten. Später verwendet Burckhardt anstelle von Umwelt den universellen Begriff Landschaft, der betont, dass die gebaute Stadt oder das bearbeitete Land von Menschenhand geschaffen, also beide künstlich sind und produktiven Zwecken dienen. Produktive Nutzungen haben Nebenwirkungen, wir nennen dies Umweltverschmutzung; diese entsteht zunächst durch übermäßigen Energieverbrauch, ist aber auch Folge desintegrierender Planung: Die Verschlechterung der städtischen Lebensumwelt liegt in ihrer mangelnden Anpassungsfähigkeit begründet, resümiert der Autor in „Bauen ein Prozess“ (S. 26). Wir neigen dazu, Probleme, die eigentlich durch Strategien

behandelt werden müssten, sofort benennbaren, baulichen „Lösungen“ zuzuführen: Luftverschmutzung oder Hässlichkeiten lassen sich nicht mit Begleitgrün, demographische Probleme nicht durch Altenheime, Verkehrsverstopfungen nicht durch Parkplätze und Entlastungsstraßen kompensieren, genauso wenig wie eine städtische Angebotsbereicherung durch gigantische Supermärkte und Themenparks herstellbar ist. Zweifelsohne gibt es Verbesserungen, aber nur in Teilgebieten; die Summe symptomorientierter „Lösungen“ zerstreut das Leben in der Stadt, sie erschwert die „richtige“ Erschließung, die Anpassungsfähigkeit des Gebauten an vielfältigste Nutzungsansprüche. Auf diese Weise behindert sie die marktfähige Verflechtung möglichst vieler dezentraler Einrichtungen, die dem Wesen einer interessanten Stadt entspräche.

Auswege aus dem Planungsdilemma bieten Burckhardts Denkmodelle: Das Theorem „Design ist unsichtbar“ (S. 187) dreht die Planungsmedaille um; sind es doch organisatorische, fiskalische, gesetzliche Prämissen und schließlich deren angewandte ideengeschichtliche Hintergründe, die das Baugeschehen versuchen zu ordnen, zu finanzieren oder auf Produktionsweisen Einfluss zu nehmen. Weil organisatorische Regelungen in die Gestaltung eingreifen, nicht selten gar gestaltungsstiftende Ursache sind, wäre die Folgenabschätzung der Verkehrsfinanzierungs-, Förder- und Steuergesetze eine bedeutsame Aufgabe gestaltender Berufe.

„Der kleinstmögliche Eingriff“ (S. 38, S. 176), ein weiteres Modell, zielt auf die permanente Pflege des Baubestandes, damit die geleistete Investition möglichst einträglich bleibt. Mit kleinen Schritten, die nicht nur baulicher, sondern auch organisatorischer oder künstlerischer Art sein können, wird die gegenwärtige Entwicklung sorgfältiger beachtet; die Folgen der Veränderung können einigermaßen nachvollzogen und verunglückte Ergebnisse später ein wenig korrigiert werden. Vor allem stabilisieren minimale Eingriffe die Lebensweisen, machen sie sichtbar – damit sie mit ihren letztlich „zufälligen“ Nutzungen effizienter überlagern können.

Jetzt sind wir beim Menschen: Allzu leicht wird der Bewohner durch spezielle Bauergebnisse bevormundet und in Folge der Professionalisierung in seiner partizipatorischen Rolle beschnitten. Dabei bereichert gerade der Bürger seinen Lebensraum in der Stadt: „Wie entsteht Gemütlichkeit?“ (S. 354) Sie, behauptet Burckhardt, entsteht unbewusst und kann nicht durch eine falsche Pracht der Architektur erzeugt werden. In „Niemandland“ (S. 321) skizziert der Autor den freien Erholungsraum des scheinbar ungenutzten Landes und die Zerstörung durch stadtgärtnerische Begrünung. „Macht moderne Architektur uns unfrei?“ (S. 243) beleuchtet das menschliche Bedürfnis, unterschiedliche Wohnstile zu pflegen und diese auch im Lebenszyklus zu verändern. Das setzt aber voraus, dass der Wohnraum undifferenziert genug ist, um beliebiger Verwendung zugeführt werden zu können.

Wer plant also die Planung? Wie entwickeln demokratische Gemeinwesen die Handlungsfähigkeit der Bevölkerung in der sich selbst bauenden Stadt? Die Planung könnte ihre Entwürfe als das betrachten, was sie sind, nämlich als Entwürfe, und sie nicht mit der Wirklichkeit gleichsetzen; sie könnte anstelle des vermeintlich perfekten „Vollausbaus“ besser in möglichst selbstgenerierenden, nutzungs offenen Strukturen denken, die dem Leben am ehesten dienen. Die Zukunft liegt in der Gegenwart, alle Demokratie gründet auf Integration, dies umreißt vielleicht die Aufgabe der Politik. Die tragende Rolle hat schließlich der Mensch: schlicht durch seine Lebensweise bis hin zur Anpassung der vorgefundenen Architektur bereichert er die Sprache der Stadt. Für die Partizipation der Bewohner, für uns alle, gäbe es genügend Platz im zu groß geschneiderten Planungsanzug der Städte.

Mit einfachen Worten und präzisen Begriffen bildet der Autor eine schöpferische Sprache für das „unsichtbare“ Gesellschaftsereignis Stadt. Beim Lesen erscheint sein Sprachwerk als ein beziehungsreiches Bild, das mit wiederholter Lektüre andere Blickwinkel freigibt. Wie die Gemälde der alten Meister deuten Burckhardts Beschreibungen auf eine andere, menschgemachte Landschaft; zunächst ist sie kaum wahrnehmbar, doch allmählich verrücken seine Gedanken die Perspektive.